

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

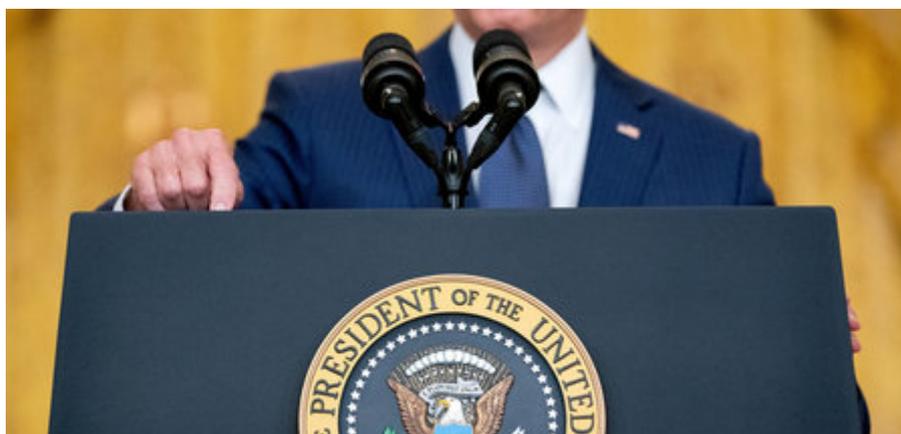
زبانهای اروپایی

Von Knut Mellenthin

29.08.2021

War must go on

Joseph Biden und Afghanistan



imago images/ZUMA Wire

Joseph Biden am Donnerstag im Weißen Haus: »Wir werden euch jagen, erwischen und zahlen lassen«

Der Afghanistan-Krieg geht weiter. Ob es dazu einen förmlichen Beschluss der gesamten NATO geben wird oder lediglich eine »Koalition der Willigen«, wie in den Irak-Kriegen, scheint noch nicht entschieden. Aber irgendwie mitziehen werden sie wahrscheinlich alle. Der Sachverhalt, der schon länger zu befürchten war, steht seit der Rede von US-Präsident Joseph Biden am Donnerstagabend fest. Vorausgegangen waren zwei Anschläge am Kabuler Flughafen, bei denen bis zu 90 Menschen getötet wurden, mehrheitlich Afghanen. Die Taliban gaben die Verluste bei ihren Sicherheitskräften mit 28 Toten an. Aber es starben auch 13 US-Soldaten. Das ist das, was in diesem Zusammenhang in Washington wirklich zählt. Wer diese Aussage für übertrieben hält, möge sich den Aufbau von Bidens Rede ansehen.

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

»Wir vergeben nicht. Wir vergessen nicht«, sagte der Präsident an die Adresse der mutmaßlichen Drahtzieher, eine Filiale des Terrornetzwerks »Islamischer Staat«, die in Afghanistan und Pakistan aktiv ist und unter der Abkürzung ISK bekannt ist. »Wir werden euch jagen und dafür bezahlen lassen.«

Konkret sagte Biden dazu nur, dass er seine »Kommandeure« angewiesen habe, »Vermögenswerte, Führung und Anlagen von ISK zu treffen. Wir werden mit Stärke und Präzision an den von uns gewählten Zeitpunkten und Orten zuschlagen«. Das kann ohne Konflikte und »Kollateralschäden« nicht abgehen. Es wäre nicht einmal überraschend, wenn Biden – nach dem Vorbild von George W. Bush im September 2001 – die Taliban ultimativ auffordern würde, den USA und ihren Verbündeten freie Hand zu gewähren.

An dieser Stelle kommt die Resolution ins Spiel, der der Deutsche Bundestag am Mittwoch mit großer Mehrheit bei Enthaltung der meisten Linken-Abgeordneten zustimmte. Angeblich, und so verteidigen sich auch viele Linke, handelte sich nur um eine nachträgliche Bestätigung der Evakuierungsoperation am Flughafen Kabul, die am Donnerstag offiziell beendet wurde. Seither befinden sich angeblich keine Angehörigen der Bundeswehr mehr in Afghanistan.

Aber die Entschließung gilt trotzdem bis Ende September und erlaubt den Einsatz von bis zu 600 Soldatinnen und Soldaten. Potentielles Einsatzgebiet ist ganz Afghanistan. Von nachträglicher Bestätigung ist keine Rede. In Wirklichkeit ist der Beschluss ein Freibrief für künftige Kommandoaktionen, sofern sie mit der Rettung deutscher Staatsbürger oder anderer interessanter Personen begründet werden.

Junge Welt 28.08.2021